

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

28. Oktober 2024
Zehnder Ferdinand

A 186 Anfrage Rüttimann Daniel und Mit. über die Erhöhung der Sicherheit im Strassenverkehr aufgrund der aktuellen Strassenunfallstatistik / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Daniel Rüttimann ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Daniel Rüttimann: Lobend möchte ich folgende Punkte aus der Antwort des Regierungsrates erwähnen: die Feststellung und Erkenntnis, dass viele Unfälle mehr oder weniger nachweislich auf Unaufmerksamkeit und Ablenkung zurückzuführen sind und den Hinweis auf die vielschichtige Arbeit der Polizei und dabei auch auf die insgesamt acht Präventionskampagnen im Jahr 2024 sowie die September-Präventionskampagne der Zentralschweizer Polizeikorps mit dem Thema «Ablenkung kann töten». Positiv zu erwähnen ist auch die verstärkte nationale Zusammenarbeit. Nachvollziehbar ist auch die Antwort bezüglich der personellen Ressourcen. Wir hoffen natürlich im Hinblick auf die Organisationsentwicklung 2030 der Luzerner Polizei (oe 2030), dass über genügend Personal und Material verfügt werden kann. Lobenswert ist auch der Wille der Polizei, für die Sicherheit der Bevölkerung insbesondere auch auf der Strasse grosse Präsenz zu zeigen. Jetzt folgt aber der entscheidende Punkt, weshalb ich mit der Antwort nur teilweise zufrieden bin, nämlich die Ablenkung durch das Smartphone. Nebst dem Telefonieren geht es auch um das Schreiben und Lesen von Nachrichten während der Fahrt. Stellen Sie sich im Morgenverkehr an eine Strasse, und Sie werden eine Vielzahl an Autolenkerinnen und -lenkern sehen, die ihren Blick wiederholt auf das Smartphone werfen. Sie sehen das bei vorbeifahrenden Autos, ja sogar Liefer- und Lastwagen und auch bei Carchauffeuren. Es ist eigentlich erstaunlich, dass nicht noch mehr Unfälle geschehen. Es ist offensichtlich, dass dieses Verhalten gerade zum Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmenden, aber auch von uns allen gezielter verhindert werden muss. Es braucht nebst der Prävention weiterhin und vermehrt gezielte Kontrollen und nachfolgend wirkungsvolle und nachhaltige Bussen, dies unabhängig davon, ob nationale Studien nach einer ersten guten Wirkung eine Verflachung der Wirkung feststellen. Also dranbleiben, und wieso nicht prüfen, ob es nachhaltige Sanktionen mit längerfristiger Wirksamkeit gibt, zum Beispiel ein Punktesystem? Ich danke den Verantwortlichen für die wichtige Arbeit und bitte Sie gleichzeitig im Interesse aller Verkehrsteilnehmenden, die Sicherheit im Strassenverkehr weiterhin bestmöglich zu garantieren.

Simon Howald: Durch das in den letzten Jahrzehnten beachtliche Bevölkerungswachstum im Kanton Luzern gibt es immer mehr Verkehrsteilnehmende, welche den Risiken im dichten

Verkehrsraum ausgesetzt sind. Zusätzlich ist der zur Verfügung stehende Verkehrsraum begrenzt und nicht beliebig erweiterbar. Der GLP-Fraktion erscheint es deshalb wichtig, dem Thema Verkehrssicherheit mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Präventive Massnahmen sollen dabei helfen, alle Verkehrsteilnehmenden – aber insbesondere die vulnerablen Gruppen – besser vor Unfällen zu schützen. Deswegen begrüsst die GLP die geplanten Kampagnen, um die Bevölkerung in den Bereichen Alkohol am Steuer, Ablenkung, Sichtbarkeit, E-Bike und Schulwege zu sensibilisieren und dadurch die Anzahl der Verkehrsunfälle zu reduzieren. Auf die in der vorliegenden Anfrage erwähnte Ablenkung durch das Mobiltelefon soll dabei aus unserer Sicht ein grösseres Gewicht gelegt werden. Die GLP-Fraktion ist überzeugt, dass sich die eingesetzten Mittel auf jeden Fall lohnen – auf der einen Seite, um menschliches Leid zu vermeiden, und auf der anderen Seite, um die volkswirtschaftlichen Auswirkungen durch Unfälle zu minimieren. Wir regen mit dem kürzlich eingereichten Postulat P 250 an, die Einführung der Infrastruktur-Sicherheitsinstrumente ISSI im Kanton Luzern zu prüfen. Dieses Praxisinstrument basiert auf dem Bundesprogramm «Via Sicura» und ist bereits in einigen Kantonen erfolgreich im Einsatz. Dabei soll bei der Planung und der Überprüfung der Infrastruktursicherheit auf den Umgebungsbereich von vulnerablen Personen, zum Beispiel bei Kindergärten, Schulhäusern, Altersheimen usw., ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

Gian Waldvogel: Die Antworten zeigen weiterhin sinkende Unfallzahlen im Kanton Luzern trotz der Bevölkerungs- und Verkehrszunahme. Es ist der Wunsch von uns allen, dass es zu möglichst wenig Unfällen auf unseren Strassen kommt. Die Entwicklung ist grundsätzlich positiv. Aus den Antworten wird aber auch ersichtlich, dass die schweren Unfälle zunehmen. Diese Tatsache ist weiterhin genau zu beobachten. Viele dieser Unfälle sind auf Unaufmerksamkeit und Ablenkungen zurückzuführen. Wir begrüssen es ausdrücklich, dass ein Ausbau im Bereich der Prävention und Schulung sowie Informationskampagnen der Zentralschweizer Polizeikorps zu diesen kritischen Themen stattfinden. Zielgerichtete und punktgenaue Reduktionen der Höchstgeschwindigkeit sowie eine verkehrsberuhigende Strassenumgestaltung innerorts tragen ebenfalls einen wesentlichen Beitrag zur Verminderung von schweren und tödlichen Unfällen bei. Auch die Beratungsstelle für Unfallverhütung (BFU) schreibt, dass Tempo 30 innerorts eine der effektivsten Massnahmen ist, um schwere Verkehrsunfälle zu verhindern. Bei geringerer Geschwindigkeit gibt es nicht nur weniger Verkehrsunfälle, sondern auch weniger schwerwiegende. Das scheint mir ein wesentlicher Aspekt zu sein, gerade in Bezug auf den Schutz von hochvulnerablen Personen, die häufig zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs sind. Die BFU plädiert deshalb auch für einen Paradigmenwechsel. In der Verkehrsplanung sollte Tempo 30 dort konsequenter umgesetzt werden, wo die Verkehrssicherheit es erfordert. Ich freue mich, wenn Sie diese Fakten im Hinblick auf die anstehende Diskussion zum Thema Höchstgeschwindigkeit auf den Kantonsstrassen ebenfalls zur Kenntnis nehmen.

Sofia Galbraith: Das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) hat alle Fragen sehr detailliert und mit Angaben zu Kampagnen, Unterricht an Schulen und Sensibilisierungsmassnahmen bei Senioren aufgelistet. Diese Massnahmen sind alle sehr positiv zu bewerten. Ein grosses Problem im Strassenverkehr bleibt aber die Unaufmerksamkeit infolge der Benutzung von Mobiltelefonen. Die Antwort der Regierung zeigt auf, dass der Kanton Luzern höhere Bussen einführen wollte, aber der Bund dies nicht zugelassen hat. Um die Strassenverkehrssicherheit im Bereich des Mobiltelefongebrauchs zu verbessern und die missbräuchliche Nutzung beim Fahren zu verringern, gibt es mehr Ansätze als die Erhöhung der Bussen. Man könnte zum Beispiel technische Massnahmen wie spezielle Kameras einsetzen, die erkennen, ob der Fahrer oder die Fahrerin ein Mobiltelefon

benutzt. Es gibt Apps und Funktionen, die während der Fahrt die Nutzung von Mobiltelefonen einschränken, zum Beispiel den Fahrmodus usw. oder in Fahrzeugen integrierte Systeme wie Freisprechanlagen oder Systeme, die erkennen, wann die fahrende Person abgelenkt wird. Es gibt auch andere Möglichkeiten, um Schulungen vorzunehmen, zum Beispiel über die Arbeitgeber, um eine grössere Sensibilisierung zu erwirken. Die Versicherungen könnten mit Belohnungssystemen arbeiten und Boni für bestimmte technische Lösungen einführen, zum Beispiel App-basierte Anwendungen für eine Mobiltelefon-freie Zeit im Auto oder die Nutzung von Freisprechanlagen oder Sprachassistenten, die automatisch Nachrichten versenden, wenn jemand am Autofahren ist. Diese Massnahmen könnten einzeln oder kombiniert eingesetzt werden, um eine Kultur der Aufmerksamkeit und Achtsamkeit im Strassenverkehr weiter zu fördern und das Risiko der Ablenkung zu minimieren. Bei diesem Strauss an Massnahmen merkt man jedoch, wie wichtig dieses Thema bleibt und dass unterschiedliche Akteure nötig sind, um eine Verbesserung zu erwirken.

Philipp Bucher: Die Sicherheit auf den Strassen, nicht nur im Kanton Luzern, hat zweifellos eine hohe Priorität. In diesem Punkt sind sich alle einig. Natürlich ist jeder Verkehrsunfall einer zu viel. Dennoch stimmen wir mit der Regierung dahingehend überein, dass es eine erfreuliche Tatsache ist, dass die absolute Zahl der Verkehrsunfälle für das Jahr 2023 eine rückläufige Tendenz gegenüber dem Vorjahr aufweist, dies umso mehr, weil sowohl die Anzahl der Verkehrsteilnehmer als auch die gefahrenen Fahrzeugkilometer zugenommen haben. Ob von einer Trendwende gesprochen werden kann, muss sich erst noch zeigen, hat doch die Zahl der Unfälle mit Personenschaden in den Jahren 2019–2022 um 3,5 Prozent zugenommen. Die Antworten der Regierung zeigen einmal mehr, dass viele der Unfälle auf Unaufmerksamkeit und Ablenkung zurückzuführen sind. Allerdings zielen die Fragen aus unserer Sicht zu einseitig auf repressive Massnahmen gegenüber von Lenkerinnen von Motorfahrzeugen ab, namentlich vermehrte Kontrollen und Bussen beziehungsweise mögliche Erhöhungen der Bussen. Gerade das Forschungsprojekt des Bundesamtes für Strassen (Astra) über Nachweismittel für ablenkende Nebentätigkeiten der Motorfahrzeuglenkenden zeigt, dass der Fokus auf Lenker von Motorfahrzeugen gelegt wird. Aus unserer Sicht muss aber auch zwingend das Verhalten vieler Fussgänger und Lenkerinnen von Fahrrädern, sowohl elektrisch oder mit Muskelkraft betrieben, und vor allem die frappant zunehmenden Elektro-Trottinette betrachtet werden. Allzu oft kann beobachtet werden, wie Verkehrsteilnehmer aus diesen Fraktionen mit dem Mobiltelefon in der Hand oder, noch viel schlimmer, mit aufgesetzten Kopfhörern unterwegs sind. Ich empfehle Ihnen, den von der Regierung zitierten Bericht des Astra zu lesen, namentlich die Kapitel 3.4 E-Bikes, 3.5 Fussgänger und 3.6 Elektro-Trottinette. Hier herrscht unbestritten ebenfalls ein grosser Handlungsbedarf, korrigierend auf das Bewusstsein dieser Verkehrsteilnehmer und auf deren Verhalten einzuwirken.

Guido Müller: Jeder Unfall ist einer zu viel. Es braucht Massnahmen, aber wir haben bereits genügend Gesetze, die es der Polizei ermöglichen, gewisse Überschreitungen zu ahnden. Ich erinnere an eine sehr sympathische Kampagne der Kantonspolizei Aargau, wo über den Autobahnen steht: «Wer beim Autofahren telefoniert, lernt uns kennen. Schöne Grüsse, Kantonspolizei Aargau.» Die rechtliche Grundlage ermöglicht es bereits, auf den Autobahnen Kontrollen durchzuführen. Es besteht auch die Möglichkeit festzustellen, ob das Mobiltelefon kurz vor einem Auffahrunfall benutzt wurde. 80 Prozent der Stau-Meldungen wie etwa die auf der Autobahn A 14 Richtung Buchrain sind darauf zurückzuführen, dass die Fahrzeuglenkenden durch das Mobiltelefon abgelenkt sind und nicht merken, wenn vor ihnen gebremst wird. Die Folge sind Auffahrunfälle. Ich warne davor und wehre mich gegen die

Vorstellungen von Sofia Galbraith und ihren vorgeschlagenen Massnahmen, die zu einem Überwachungsstaat führen könnten. Die DDR ist ja, Gott sei Dank, aufgelöst worden, aber dort war so etwas gang und gäbe. Wenn ich die Forderungen nach Kameras oder Scannern auf der Autobahn höre, erinnere ich mich an die Voten der SP vor einem Jahr, als es um die Einführung von Scans der Autonummern auf der Autobahn ging. Damals hat sich die SP mit Händen und Füssen gegen solche vorsorglichen Kontrollen gewehrt. Bitte bleiben Sie mit Ihren Forderungen kongruent. Wir haben bereits entsprechende Gesetze, nun geht es darum, diese auch konsequent durchzusetzen.

Marcel Budmiger: Eigentlich bin ich nicht überrascht über das Votum der FDP, die vor zu vielen Repressionen warnt, wenn Unfälle vermieden werden könnten. Logischerweise sollten sich auch die Fussgänger und die Velofahrenden, also alle Verkehrsteilnehmenden, besser an die Verkehrsregeln halten. Ich erinnere mich an meine erste Fahrstunde, als mir mein Fahrlehrer beigebracht hat, nicht auf die Person im Auto vor mir zu schauen, weil sie es falsch macht. Erfahrungsgemäss macht es wirklich die Mehrheit der Verkehrsteilnehmer falsch, nicht nur die Autofahrer. Wir haben ein erhebliches Potenzial, die Verkehrssicherheit zu erhöhen, wenn man sich wirklich an die Regeln halten würde. Es wissen alle, dass es idiotisch ist, am Steuer ein Mobiltelefon zu bedienen, ob auf dem Velo oder im Auto spielt keine Rolle. Man kann es natürlich auch fördern, indem man Blitzer-Apps legalisiert und findet, dass die Standorte der Radarkästen publiziert werden müssen. In diesem Fall summt das Mobiltelefon, und es lohnt sich ein Blick darauf, um die Geschwindigkeitsbusse zu vermeiden. Das ist eine Entwicklung, die in die falsche Richtung geht. Ich muss Guido Müller zustimmen: Nicht alles, was meine Vorrednerin der SP-Fraktion gesagt hat, wäre in unserer Partei mehrheitsfähig. Aber wir können auf intelligente Fahrzeuge hoffen und darauf, dass beispielsweise kein Empfang möglich ist, wenn jemand am Steuer sitzt. Es wäre gut, wenn solche Massnahmen verpflichtend wären. So könnte man Fortschritte erzielen, ohne die Freiheit einzuschränken. Aber die Freiheit, am Steuer zu telefonieren, muss es sowieso nicht geben. Wenn man die Verkehrssicherheit erhöhen will, dann muss man das Tempo reduzieren. Bei einer Vollbremsung mit Tempo 30 stehen Sie still, während Sie sich mit Tempo 50 noch in der Reaktionszeit befinden. Das sagt alles. Temporeduktionen machen wirklich Sinn. Man verliert praktisch keine Zeit, aber es gibt weniger Unfälle und vor allem weniger gravierendere Unfälle. Dadurch können Menschenleben gerettet und geschützt werden. Informieren Sie sich doch darüber, welche Auswirkungen ein tieferes Tempo haben kann, auch auf die Sicherheit. Wenn man darüber nicht diskutieren will, dann muss man gar nicht über Sicherheit reden.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Daniel Rüttimann hat die ersten zehn Punkte aus unserer Antwort lobenswert erwähnt. Das freut mich natürlich sehr. Ich glaube, dass seine Unzufriedenheit mehr mit den Verkehrsteilnehmenden zu tun hat als mit der Antwort der Regierung. Ablenkung und Unaufmerksamkeit sind ein grosses Problem. Viele Unfälle sind darauf zurückzuführen. Zum einen gefährden sich die Verursachenden selbst, und zum anderen gefährden sie auch schwächere Verkehrsteilnehmende. Damit sind alle Verkehrsteilnehmenden gemeint, nicht nur Auto fahrende. Wir haben in der Antwort beschrieben, was wir alles an verschiedenen Kontrollen unternehmen. Die Kontrolldichte ist bereits hoch, und wir führen verschiedene Kampagnen durch. Aktuell führen wir eine Zentralschweizer Polizeikampagne zum Thema Ablenkung durch. Wir arbeiten sehr eng mit dem Zentralschweizer Polizeikorps zusammen, weil wir festgestellt haben, dass es sich um ein sehr grosses Problem handelt. Wir sind der Meinung, dass wir dem Thema bereits genügend Aufmerksamkeit schenken, auch mit der personellen Aufstockung auch in diesem Bereich. Wir sind der Meinung, nebst unseren gezielten Kontrollen keine zusätzlichen Kontrollen einführen zu wollen. Wir könnten diese

nicht einführen, ohne Ressourcen aus anderen Bereichen abzuziehen. In Bezug auf schärfere, wirkungsvollere Bussen haben wir ausgeführt, dass die Verkehrsgesetzgebung und die Ordnungsbussen auf Bundesstufe geregelt sind. Aktuell sind auf Bundesstufe keine Gesetzesänderungen vorgesehen, falls es aber zu Änderungen kommt, werden wir uns entsprechend einbringen. Ich appelliere an alle Verkehrsteilnehmenden, aufmerksam zu sein, um das eigene Leben nicht zu gefährden.